



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Preis pro Nummer 15 Pfennige.

Zu beziehen durch unsere Funktionäre.

Redaktion und Verlag:
Berlin O. 27, Schicklerstraße 5.
Fernruf: Alexander, 3007.

Das Mitteilungs-Blatt kann bei jeder Postanstalt
bestellt werden. Bezugspreis 2,10 Mk. pro Vierteljahr
inklusive Postgebühren.

Nr. 33.

Berlin, den 17. November 1918.

13. Jahrgang.

An die Partei!

Parteigenossen!

Mit Freude und Stolz sprechen wir zu Euch!
Das scheinbar gegen alle Stürme fest verankerte
Gebäude des preussisch-deutschen Militarismus ist
zusammengebrochen.

Die Kronen der deutschen Fürstenthümer, die
Krone des deutschen Kaiserthums sind wie Glas
zerstört.

Verheißungsvoll tritt an die
Stelle der Monarchie die sozia-
listische Republik.

Das revolutionäre Volk hat kurzen Prozeß ge-
macht mit den Trägern der alten Regierungsgewalt,
den Generälen und Bürokraten. Es hat die Macht
der Offiziere in der Armee, die Herrschaft der
Junkerklasse in der Verwaltung, die Herrschaft
des kapitalistischen Adels im öffentlichen Leben
gebrochen und die Regierungsgewalt an sich
gerissen.

Die Träger dieser Gewalt sind
heute die Arbeiter- und Soldatenräte.

In derselben Stunde, in der die Mauern der
alten Verwaltung zertrümmert sind, ist der Grund
gelegt für den gewaltigen Bau der neuen sozia-
listischen Ordnung. Jetzt gilt es mit dem Aufgebot
aller schöpferischen Kräfte den Frieden zu sichern,
die revolutionären Erregenschaften zu besänftigen,
um mit der politischen auch die ökonomische
Befreiung der Arbeiterklasse zu vollenden.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei
Deutschlands hat vom ersten Tage ihres Bestehens
an das bevorstehende Ende des Militarismus und
des Imperialismus verkündet und alles getan, um
die revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse zu
entfesseln. Heftig bekämpft von der sozialdemo-
kratischen Partei, die noch beim Ausbruch der
Revolution verständnislos diesen Ereignissen
gegenüberstand und Vorkämpfer der Revolution
schmähte.

Die Not der Stunde verlangte gebieterisch die
Herstellung einer Regierung, die dem blutigen
Gewalt ein Ende machen, die bevorstehenden
Waffenstillstandsverhandlungen zum Abschluss und
den Frieden sicherstellen sollte. Eine Regierung,
die mit Nachdruck an die Verwirklichung der
sozialistischen Grundsätze herantritt.

Dafür war aber eine Gewähr nur
gegeben, wenn unsere Partei entscheidenden
Einfluß auf die Regierung bekam, deshalb
verlangten wir, das neue politische Kabinett
müsse ein rein sozialistisches sein, in dem
beide sozialdemokratischen Parteien zu gleichen
Teilen mit gleichen Rechten vertreten sind.

Diese Regierung konnte die Gewalt nur aus
den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte
empfangen. Die Regierung wurde deshalb
auch erst in dem Augenblick konstituiert,
als die erste Vollversammlung des Berliner
Arbeiter- und Soldatenrats die Bildung eines
provisorischen Kabinetts in dieser
Zusammensetzung billigte.

Durchführung von dem festen Glauben an die
Durchführbarkeit unseres Endzieles gehen wir
an die schwere Arbeit der Beseitigung der Kriegs-
wunden und des Kriegselends, an den Wiederaufbau
der zerstörten Volkswirtschaft, an die durchgreifende
Umgestaltung aller Gebiete unseres öffentlichen

Lebens, an die Ausmerzungen aller Machtpositionen
der bisher herrschenden, bestehenden Minderheit.

Wirksam kann dieses nur geschehen,
wenn die Arbeiter in Massen zu uns stehen
und unsere Arbeit fördern.

Sobald die Parteigenossen von den revolutionären
Posten, auf denen sie jetzt Wache halten,
sich entfernen können, werden wir einen
Parteitag einberufen. Dort sollen unsere
Genossen entscheiden über die Schritte, die wir
unternommen haben.

Und nun auf zu rastloser Arbeit!
Sammelt das Proletariat unter dem Banner
der Partei, die lühnend und klar sehend die
Massen zu dem revolutionären Ziel geführt hat,
das nun erreicht ist.

Es lebe die grundsatztreue, revolutionäre
Sozialdemokratie, die Unabhängige Sozialdemokratische
Partei Deutschlands!

Es lebe die sozialistische Internationale!

Der Vorstand

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands.

Ernst Däumig. Wilhelm Dittmann. Hugo Haase.
Adolf Hofer. Gustav Laubant. Georg Ledebour.
Robert Wengels. Luise Zieg.

Die Revolution in Berlin.

Vor dem 8. November.

Ereignissschwere Tage liegen hinter uns. Schwerer
aber als der 9. November waren die Tage, die
vorbgingen. Die Angst vor der drohenden Revolution
ließ Militär- und Polizeigewalt alle Machtmittel in
Bereitschaft stellen. Hinter unsern Genossen, die man
als Träger der revolutionären Bewegung vermutete,
waren die Beamten der politischen Polizei wie die
Verfechter her, um sie festzunehmen und ihnen erneut
Landes- und Hochverratsprozesse anzuhängen. Mit
Hochdruck wurde die Verfolgung betrieben. Diese
Verfolgungswut wurde gesteigert, als die berühmte
Flugblattliste des Kuriers der russischen Botschaft
entzwei gegangen war und die zur Revolution „aus-
reißenden“ Flugblätter gefunden worden waren. „Ganz
zufällig“ war diese Liste geplatzt, erzählte man dem
aufhorchenden erschrockenen Bürgerium. Kein vernünftiger
Mensch konnte das Märchen glauben, daß die
politische Polizei des Alexanderplatzes in die Welt
setzte. Und wer wie wir diese unsaubere Gesellschaft
kennt, wußte, was er davon zu halten hatte. Aber
nun hatte man die erwünschte Gelegenheit, gegen die
russische Botschaft vorzugehen. Die bolschewistische
russische Regierung war der Deutschen verhaßt. Man
zweifelte sie, wo man konnte. Proteste über Proteste
regnete es. Noch am 4. November sandte die russische
Botschaft eine gepfeiferte Note an den Minister des
Auswärtigen Amtes. Da kam die „geplante Liste“ mit
den revolutionären Flugblättern. Sofort wurden die
schärfsten Maßregeln gegen die Botschaft ergriffen —
natürlich nicht zuletzt zu dem Zwecke, dadurch bei den
Entente-Regierungen größeres Wohlwollen zu finden.
Aus Furcht vor Demonstrationen der Berliner
Arbeiter- und Soldatenräte wurde die Botschaft aufgefordert,
so schnell wie möglich Berlin zu verlassen. Eilig mußten
in der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch die Sachen
gepackt werden. Polizei in Uniform und Zivil sperrte
das Botschaftsgebäude hermetisch ab und ging in der
rabiaten Weise selbst gegen Angestellte der Bot-
schaft vor. Mittwoch früh 6 Uhr komplimentierte man
das Botschaftspersonal aus Berlin hinaus. Es ver-
dient festgehalten zu werden, daß die niederträchtige

Schnüßlerbande zwei aus der Botschaft kommenden
Angestellten auf der offenen Promenade unter den
Bäumen die Sachen durchsuchte. Polizei zu Fuß und
zu Pferde und Militär bildeten vom Botschaftsgebäude
bis nach der Neustädtischen Kirchstraße hin Spalier.
Als Genosse Zoffe, der Botschafter, sich von den An-
gestellten verabschiedete, sagte er: „Ich komme bald
wieder!“ Ein guter Prophet!

An demselben Mittwoch war die Polizei Ver-
trauensleuten unserer Partei in Reinickendorf auf der
Fährte. In Feuerwehrautomobilen fuhr die Polizei
auf, kam aber wenige Minuten zu spät, die Vögel
waren ausgeflogen bis auf einige Genossen, die in
unverschämtester Weise von der Polizei behandelt
wurden. Genosse Bruno Lehmann wurde mit dem
Polizeiknüffel über den Kopf geschlagen und erheblich
verletzt und Genosse Buchweiz wurde ebenfalls wenig
glimpflich behandelt und nach dem Alexanderplatz ge-
bracht. In der Wohnung von Lehmann hielt die
Polizei Hausdurchsuchung ab und hauste wie Vandalen.
Alles wurde durcheinander geworfen, Kleidung und
Wäsche; auf Küchenhäusen warf man die Sachen und
ließ alles liegen. Alle diese Gemeinheiten der politi-
schen Polizei verdienen für später festgehalten zu
werden.

Die zu Donnerstag, den 7. November, zum Jah-
restage der russischen Revolution einberufenen Ver-
sammlungen unserer Partei wurden vom Oberkom-
mando in den Marken verboten. Der Abonnement der
„Leipziger Volkszeitung“ wurde die Zeitung vorenthalten.
Der Post war Befehl erteilt, die Zeitung nicht
anzuliefern. Eine unglaubliche Frechheit! Eine sieber-
hafte Spannung griff unter der Arbeiterschaft Platz;
sie steigerte sich, als die Nachrichten eintrafen, nach
denen Orte wie Kiel, Hamburg und Lübeck von den
Matrosen und Arbeitern genommen worden waren.
Eine starke Verwirrung wurde unter die Arbeiter ge-
tragen durch abwiegelnde Auftritte der Regierungs-
sozialisten im „Vorwärts“, die auch in Flugblattform
in den Betrieben verbreitet wurden. Die Arbeiter
wurden darin gewarnt vor eigenem Vorgehen und
immer zum Abwarten gemahnt. Dazu kam, daß die
öffentlichen Gebäude starke militärische Bewachung
erhielten. Maschinengewehre, selbst Kanonen wurden
überall aufgestellt, um gegen die Arbeiterschaft ver-
wendet zu werden. Aber alles half nichts. Am Sonn-
abend, den 9. November, brach der Sturm los.

Am 9. November.

Früh gingen die Arbeiter in ihre Betriebe. Wo-
ren schon am Freitag nachmittag viele Arbeiter kaum
noch zu halten, so war die Beteiligung am 9. No-
vember eine allgemeine. Obwohl die Parteileitung der
sozialdemokratischen Partei selbst noch am Vormittag
des 9. November noch abmahnte, es müßte nichts
mehr. Die Parole der Unabhängigen sozialdemo-
kratischen Partei, nunmehr den Kampf um Sein oder
Nichtsein anzunehmen, fand guten Boden. Bald
waren die Massen auf den Straßen und zogen
ihrem Zielpunkte zu, trotzdem die Polizei am Tage
vorher noch den Genossen Däumig als den ver-
meintlichen Hauptleiter festgenommen hatte.

Und bald zeigte es sich, wie das Militär zu
unserer Sache stand. Es waren unvergeßliche Augen-
blicke, als die Massen vor den Kasernen anlangten
und es sich entschieden sollte, ob es zu einem ent-
scheidenden Ausbruch kommen oder ob die Soldaten
den Befehl ihrer Vorgesetzten, auf das Volk zu
schießen, außer Acht lassen würden. Hinter dem Ka-
sernenare der Militärkaserne spielten sich aufreizende
Szenen ab. Maschinengewehre standen in Bereitschaft,
alles war auf einen Kampf mit den Volksmassen ein-
gestellt, auch Offiziere machten alle Anstalten, neue
Wentzschmassen hinsichtlich zu lassen, da griffen be-
derzte Proletariat im Soldatenrock ein und ließen den
Offizieren in den Arm. Die Soldaten waren schon
längst des Kadavergehorsams müde. Sie traten auf

die Seite der arbeitenden Massen. Leider konnte nicht verhindert werden, daß ein Offizier auf unsere Seite, stellte sich vielsach unsern streikenden Parteifreunden mit Musik an die Spitze, im Fluge ein öffentliches Gebäude nach dem andern nehmend. Gegen Mittag wurde bekannt, daß der Reichskanzler angeordnet habe, die Truppen sollten auf das Volk nicht schießen. Diese Anordnung war überflüssig, denn die Soldaten bestimmten jetzt schon selber über sich.

Ganz gefährlich sah das Schloß aus. Maschinengewehre auf dem Dache lugten nach allen Seiten und verflüchteten Unheil. Aber auch das Schloß wurde nach kurzem Kampfe genommen und von dem Balkon aus, von dem der Kaiser manche Rede gegen uns geschwungen, von wo er einst das Wort von dem Niedertricken gesprochen, richtete Genosse Carl Liebknecht anfeuernde Worte an die begeisterte Menge.

Wie eine Zwingsburg war auch das Polizeipräsidium am Alexanderplatz mit Militär und Maschinengewehren ausgerüstet. Gegen 3 Uhr nachmittag war aber auch das Präsidium in unserm Besitz und Herr v. Dypen, der Polizeipräsident, war ob dieser Tatsache sehr erschüttert; er reichte sofort seinen Abschied ein. Daß er das in seinen alten Tagen noch erleben müßte, hätte er nie für möglich gehalten, meinte er. Den Beamten wurde kein Haar gekrümmt, aber die Schutzwache mußten Revolver und Säbel abgeben. Die Säbel waren, wie wir uns überzeugen konnten, haarstark geschliffen, so recht zur Massenwehre besonders geeignet. Einige politische Gefangene, die bei der Nachmittag erfolgten gewaltigen Oeffnung der Stadtvogel noch da waren, wurden sofort entlassen. Nach kurzer Zeit stationierten auf dem Schloß, auf dem Polizeipräsidium und auf zahlreichen andern öffentlichen Gebäuden die rote Fahne. Ausgerechnet auf dem Polizeipräsidium, von wo sonst Spürhunde auf rote Fahnen ausgesandt wurden. Es versichert sich am Rand, daß die berüchtigte politische Abteilung VII jetzt V geschlossen bleibt, da für diese Abteilung mit ihrem Stab von Beamten und Spitzeln keine Arbeit mehr vorhanden ist. Unvergessen bleibt dieses Kapitel der politischen Polizei als eins der ewigen Schande.

Eine denkwürdige Sitzung.

Am Sonnabend, den 9. November, abends 9 Uhr, trafen im Sitzungssaale des Reichstags Vertreter der Arbeiter und Soldaten zusammen. Als Vorsitzender fungierte Genosse Emil Barth, der in einer längeren Ansprache die Revolution feierte, darauf hinwies, daß das Ziel des engen Zusammenwirkens der Proletariat in der Masse mit denen im Waffentod zu danken sei; den Proletariern aller anderen Völkern entbleibe die Versammlung ihren Gruß. Jetzt gelte es, wachsam zu sein, um das Erreichte festzuhalten, zu sichern und auszubauen. Beschlossen wurde, daß die Arbeiter der Fabriken am Sonntag früh in ihren Betrieben zusammenkommen und Vertreter zum Arbeiterrat und die Soldaten in ihren Kasernen Vertreter in den Soldatenrat wählen sollten. Bei der Eile, die geboten war, war es vielen Arbeitern nicht möglich, an dieser Wahl teilzunehmen. Es ist selbstverständlich, daß in Zukunft viele Unvollkommenheiten dieser Vertretung beseitigt werden. Bleibt es beispielsweise dabei, daß nur nach Betrieben und in Betrieben gewählt werden soll, würden alle die Arbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen bleiben, die ohne Arbeit, also arbeitslos sind. In Zeiten, wie die kommenden, wo wir einer ungeheuren Arbeitslosigkeit gegenüberstehen, würde ein auf Betrieben aufgebauter Wahlmodus erst recht die volle Ungerechtigkeit zeigen. Bei den Soldaten lag die Sache einfacher, soweit sie bei ihren Truppenteilen in den Kasernen liegen. Bei diesen hatten die Mehrheitssozialisten alle Ränke ihrer Beeinflussung spielen lassen. Einmal schon traten ihre Vertreter schon vor der Wahl in Aktion durch Flugblätter und ferner nach der Wahl, indem sie die gewählten Mitglieder des Soldatenrates nach der Lindenstraße 3 bestellten. So war es denn auch kein Wunder, daß bei dem Zusammenritt dieser so plötzlich zusammengesetzte Arbeiter- und Soldatenrat

im Zirkus Busch

am Sonntag abend die Verhandlungen sich nicht so glatt abwickelten, wie das nach Lage der Dinge erwünscht gewesen wäre. Es war natürlich, daß bei dieser Gelegenheit die verschiedensten Auffassungen zum Ausdruck kamen. Die Vertreter der Soldaten verlangten paritätische Zusammensetzung des Arbeiterrats zu gleichen Teilen. Sie waren lange im Felde gewesen, haben die politische Entwicklung der Dinge während des Krieges nicht so verfolgen können, wie wir, die wir mitten drinnen in diesen Kämpfen stecken. Sie konnten deshalb auch nicht die grundlegenden Auffassungen, die zur Scheidung geführt hatten, sie waren vielmehr durch die steten Gefahren, in denen sie gestanden, durch die Leiden, die sie gemeinsam getragen, dann durch eine einseitige Bearbeitung nur von dem einen Gedanken besetzt, unter allen Umständen einig zu sein. Viele bürgerliche Ele-

mente spielten natürlich ebenfalls auch eine Rolle. Sie waren auch nur zum Teil unerrichtet davon, daß auch wir die Einigkeit des Proletariats erstreben, aber eine Einigkeit, die auch eine Gewähr bietet, daß wir unser Ziel wirklich erreichen. Nur für eine solche Einigkeit haben wir gewirkt und werden das auch in Zukunft tun. Bestrebungen, die unter dem Deckmantel des Sozialismus gehen, in Wirklichkeit aber in die Irre führen, müssen wir entschieden bekämpfen.

Nach langen Verhandlungen kam in der Busch-Versammlung durch das Veto der Soldaten ein Beschluß zustande, nach dem der Arbeiterrat aus zwei Mitgliedern, je 6 beider Richtungen, und 12 Soldaten zusammengesetzt ist.

Die neue Regierung

besteht zu gleichen Teilen aus Mitgliedern beider Richtungen und zwar aus Ebert, Scheidemann, Landsberg, Haase, Dittmann und Barth. Dieser Fusion gingen Verhandlungen voraus, die aus folgendem Schriftwechsel ersichtlich sind.

Berlin, den 9. November 1918.
abends 8 1/2 Uhr.

An den
Vorstand der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei.
Von dem aufrichtigen Wunsche geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen mitteilen.

Sie fordern:

1. Deutschland soll eine soziale Republik sein.
Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik, in dessen hat darüber das Volk durch die konstituierende Versammlung zu entscheiden.

2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.

Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.

3. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung.

Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde.

4. Die Verechtigung der Unabhängigen gilt nur für drei Tage als ein Provisorium, um eine für den Abschluß des Waffenstillstandes sähige Regierung zu schaffen.

Wir halten ein Zusammenwirken der sozialistischen Richtungen mindestens bis zum Zusammentritt der Konstituante für erforderlich.

5. Die Ressortminister stellen nur als technische Gehilfen des eigentlichen und entscheidenden Kabinetts.

Dieser Forderung stimmen wir zu.

6. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts.

Wir sind für die Gleichberechtigung aller Kabinettsmitglieder, in dessen hat die konstituierende Versammlung darüber zu entscheiden.

Der Vorstand
der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

An den
Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Auf Ihr Schreiben vom 9. November 1918 erwidern wir folgendes:

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei ist bereit, um die revolutionären sozialistischen Erregenschaften zu beseitigen, in das Kabinett unter folgenden Bedingungen einzutreten:

Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sein, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinanderstehen.

Für die Fachminister gilt diese Beschränkung nicht; sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts. Jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gestellt, aus jeder Partei einer.

Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett (in das jede Partei drei Mitglieder entsendet) nicht geknüpft.

Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche allmählich zusammenzubekommen sind.

Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst nach einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späteren Erörterungen vorbehalten bleiben.

Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsche eines geschlossenen Austritts des Proletariats diktiert sind, haben wir unsere Mitglieder Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.

Der Vorstand
der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei.
gez. Haase.

Die Revolution im Reiche.

In allen Teilen des Reiches erhebt die Hydra der Revolution ihr Haupt, in Nord und Süd, in West und Ost. Aus allen Gegenden des Deutschen Reiches überfluten sich die Nachrichten. Bei dieser Massenhaftigkeit war es gar nicht möglich, alle einzelnen Vorgänge in ihrer ganzen Tragweite sofort zu erfassen. Die Abban-

lung des Kaisers und der Verzicht des Kronprinzen spielten keine Rolle mehr, der Schritt kam zu spät. Ueberall rosten die Kronen aufs Pflaster. Kaiser, Könige, Großherzöge, Herzöge, Fürsten, sie alle mußten quittieren und werden sich bald zu einem Klub abgedankter Fürsten zusammenschließen können, denen sich nun auch noch der Kaiser von Oesterreich zugesellen kann. Elementar sprach das morsche Gebäude zusammen, das nur mit brutaler Gewalt aufrechterhalten werden konnte. Ueberall wurde die Republik ausgerufen. Wie für die einzelnen Länder, so auch für das Reich, wurde die sozialistische Republik erklärt.

Das Programm der neuen Regierung.

Amlich. Berlin, 12. November. (W.A.B.)

Der Rat der Volksbeauftragten veröffentlicht folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.

6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.

7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.

8. Die Gefindeordnungen werden außer Kraft gesetzt. Ebenso die Ausnahmegeetze gegen die Landarbeiter.

9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achttündige Maximal-Arbeitsstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mk. ausgedehnt werden. Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellungen von Wohnungen bekämpft werden. Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden. Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrecht erhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918.

Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg,
Dittmann, Barth.

Sechsgliedriges politisches Kabinett in Preußen.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats hat zu Mitgliedern des politischen Kabinetts für Preußen folgende Genossen ernannt:

Paul Hirsch und Heinrich Ströbel als Vorsitzende, ferner Otto Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann. Ein sechstes Mitglied tritt noch hinzu.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Landwirtschaftsministeriums sind die Genossen Otto Braun und Adolf Hoyer, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der inneren Verwaltung die Genossen Paul Hirsch und Emil Eichhorn, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Groß-Berliner Polizei Genosse Eugen Ernst, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Finanzministeriums Genosse Dr. Albert Sidelum, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Kultusministeriums die Genossen Adolf Hoffmann und Konrad Haenisch beauftragt.

Die Vervollständigung der Regierung erfolgt baldigt.

Die Ordnung in den Gemeinden.

An die Einwohner und Soldaten Groß-Berlins!

Der von den Arbeiter- und Soldatenräten Groß-Berlins gewählte Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats hat seine Tätigkeit aufgenommen.

Alle kommunalen, Landes-, Reichs- und Militärbehörden setzen ihre Tätigkeit fort. Alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrage des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats. Jedermann hat den Anordnungen dieser Behörden Folge zu leisten.

Alle seit Beginn der Revolution im Bereiche Groß-Berlins provisorisch gebildete Körperschaften, auch solche, die den Namen Arbeiter- und Soldatenrat führen und bestimmte Verwaltungsmassnahmen ausgeführt haben, treten sofort außer Kraft.

Alle weiteren Anordnungen und Verfügungen werden von den zuständigen zivilen und militärischen Stellen schnellstens erlassen werden.

Alle Bekanntmachungen und Verfügungen des Vollzugsrates werden von den beiden Vorsitzenden Richard Müller und v. Beerfelde unterzeichnet werden.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats: Emil Barth, v. Beerfelde, Bergmann, Felix Bernhagen, Otto Braun, Franz Buchel, Cohen, Ernst Däumig, Heinrich Deneke, Paul Eckert, Chr. K. Fingel, Gelberg, Gust. Gerhardt, Gierth, Gustav Heller, Ernst Jülich, Georg Ledebour, Maynig, Brutus Mollenhuth, Richard Müller, Paul Neundorff, Hans Paasche, Walter Portner, Colin Roth, Oskar Rujak, Otto Strobel, Walz, P. Wegmann.

Gemeinsame Beisetzung der Revolutionsopfer.

Auf dem Friedhof der Märzgefallenen.

Die in den Kämpfen der letzten Tage innerhalb Groß-Berlins Gefallenen sollen auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain gemeinsam beisetzt werden. Angehörige, die eine solche Beisetzung für ihre Familienmitglieder wünschen, wollen Nachricht darüber unverzüglich an den Magistrat Berlin, Generalbüro, Rathaus, richten. Ebenfalls sind alle weiteren Mitteilungen über solche Gefallenen zu geben, deren Persönlichkeit bisher nicht festgestellt werden konnte.

Abfassung des städtischen Dreiklassenwahlsystems.

Die Volksbeauftragten für die Stadt Berlin machen bekannt, daß die für den 17. November ausgeschriebene Stadterordnungsversammlung im 48. Gemeindevahlgemeinschaft nicht stattfindet, da Wahlen zu öffentlichen Körperschaften nicht mehr nach dem Dreiklassenwahlrecht stattfinden können.

Seid auf der Hut!

Jede Revolution trägt im Innern die Gegenrevolution in sich und es ist nur eine Frage der Zeit, wenn sie ihr Haupt offen erhebt. Das Proletariat hat am 9. November in Verbindung mit den Freunden im Kaiserhof triumphiert, aber schon machen sich allenthalben Gegenströmungen bemerkbar, die das Erreichte wieder zu Wasser zu machen versuchen. Es gilt auf der Hut zu sein. Aus der Geschichte sollen wir lernen. Das lehrte ein stürzender Wlad auf die Reaktionsperiode nach 1848. Obwohl die Verhältnisse ganz anders lagen, obwohl die 48er Revolution eine bürgerliche war, ist es immerhin auch für die heutige Zeit von Interesse, zu sehen, wie zunächst dem Volke alle möglichen Versprechen gemacht wurden, die aber später entweder auf dem Papier stehen bleiben oder durch ein reaktionäres Regiment ganz aufgehoben wurden und wehe dann, wenn die Reaktion wieder an das Ruder kommt. Dann nimmt sie blutige Rache. Sie kennt dann keine Rücksicht und gibt keinen Pardon. Das erhebt klar daraus, wenn man einen Blick in die deutsche Reaktionsperiode wirft. Die Tafsachen sind auch heute noch von großem Interesse. Unter dem Titel: „Die Jahre der Reaktion“ erschien im Jahre 1881 eine historische Skizze von Dr. H. Bernstein, dem Volkszeitungsberufsknecht, wie er genannt wurde. Diese Skizze ist sehr lesenswert und heute ganz besonders. Wir müssen aus dieser Skizze hier einige Kapitel folgen lassen. Und wenn ihr Inhalt mit den heutigen Verhältnissen nach keiner Richtung in Parallele gestellt werden kann, so erhebt daraus doch manches auch für uns Lehrende.

In dem Kapitel: „Der Tag von Olmütz“ heißt es: „Wie man durch Krankheit erst den Wert der Gesundheit, durch Mißgeschick den des Lebensglücks würdigen lernt, so lehrte die Schule der Reaktion erst den Segen eines freiherrlichen Daseins schätzen.“

Die Lehren dieser Schule, die wir durchgemacht haben, unsern Kindern und jüngern Zeitgenossen darzulegen, ist daher eine heilige Pflicht. Es gilt unsern Nachfolgern sowohl die Tage des Glüdes, welche wir ihnen wünschen, zu verschönern, wie die Merkmale nahender Gefahren ihnen deutlich genug zu machen, damit sie denselben rechtzeitig entgegenwirken.

Die Unterhaltliche Reaktion sah die Aufschwüngen bereits mitten in den ersten Tagen der Revolution der Märztag von 1848 herandämmern. Die richtig dieser instinktive Blick, der nicht selten dem Volke verleiht ist, war, daß werden wir noch in den Tagen davor, welche erst offenkundig wurden, als die volle Reaktion alle Scham verloren und ihren Verrat selber an den Tag legte. Der Moment, in welchem die heimlich gehegten und gepflegten Pläne unverhüllt vor den Augen von ganz Europa an's Licht traten, war der unheilvolle Tag von Olmütz, an dessen Schwergewicht wir fast ein volles Jahrzehnt zu tragen hatten.

Es ist ein Irrtum, wenn man meint, daß mit dem Vertrag von Olmütz nur eine schmachvolle Kapitulation des preussischen Ministeriums an den Tag trat. Es ist auch ein Irrtum, wenn man meint, daß die Demütigung dieses Tages nur das mobilgemachte preussische Heer traf. Ja, es ist ein Irrtum, wenn man annimmt, daß die traurigen Folgen dieses Tages nur vom preussischen und deutschen Volke getragen wurden. Es ist vielmehr nachweisbar, daß ein alle

Völker Europas umspannendes Red von Reaktion an dem Tage von Olmütz seinen längst geplanten Hauptzug tat. Es ist ferner eine ganz unbestreitbare Tatsache, daß die mobilgemachte preussische Landwehr mit dem Gefühl einer halben Bestriedigung wieder in die Heimstätten zurückkehrte, daß endlich das schändliche Spiel der Verstellung, als ob das Regiment Maniewitz's wirklich die Absicht habe, den Rechten der deutschen Nation ein Genüge zu leisten, ein Ende genommen und das wahre Antlitz der Reaktion sich unverhüllt zeigte. Es ist endlich ein durch die Geschichte der nächsten Jahre offenbar gewordenen Faktum, daß das ganze Festland Europas den schweren Schlag mit empfunden hat, der an dem Tage von Olmütz der Selbstständigkeit, dem Interesse und der Ehre Preussens versetzt wurde.

Die Februar-Revolution in Frankreich im Jahre 1848 hatte ganz Europa erschüttert und allenthalben die berechtigten Ansprüche der Völker der Absolutismus der Regierungen zur unwiderstehlichen Forderung erhoben. Italien stand bald im Aufruhr gegen die kleinen Tyrannen, welche in den Einzelstaaten unter dem Schutz Oesterreichs ihr früheres Regiment führten. Nur ein einziger Staat, Piemont, in welchem längst der richtige Gedanke lebte, daß Freiheit den gerechten Anspruch auf die Einheit und die Freiheit eines selbständigen nationalen Lebens habe, stand unter der Regierung des nationalgesinnten Monarchen, Victor Emanuel, der im eigenen Lande bereits ein freiheitliches Regiment eingeführt hatte. Es schloß sich daher das italienische Volk diesem Entschluß freiwillig an, als er es unternahm, Venetien und die Lombardien, welche unter der Jurisdiktion Oesterreichs schwebeten, aus dem Joch dieser Fremdberrschaft zu befreien.

Derselbe Zug der nach Freiheit ringenden Völker hatte auch in allen Teilen der österröichischen Monarchie die Herzen entzündet. Die Kunst Metternich's, alle die kleinen Nationalitätsfragen, welche den Gesamtkörper der österröichischen Monarchie bildeten, durch Unterdrückung des Gesetzes mit Hilfe eines dienstfertigen Pflasterstums zu knebeln, ging mit einem Schlage durch die Revolution in Wien am 13. März 1848 in Trümmer.

In Deutschland, dem gebildetsten und loyalsten Volke Mitteleuropas, hatte längst der Druck des Unbestandes und seines systematisch betriebenen Verfallens niederdrückenden Polizeisystems den Wurm der Nation wachgerufen und die Forderung der Einheit und der Freiheit in allen Gemütern angesacht. Die Revolution in Frankreich, die Proklamierung der Republik daselbst wurde sofort das Signal, diese Forderung zum offenen Volksprogramm zu erheben. Hier war es der preussische Staat, auf den die Hoffnungen der Nation sich endlich konzentrierten.

Im Norden des deutschen Vaterlandes schloß sich schon lange die deutsche Bevölkerung von Schleswig-Holstein unter dem Joch des übermäßigen Dänenjochs, das diese Provinzen zum Hohn Deutschlands sich einverleibt hatte. Die Februar-Revolution rief auch hier den Mut wach, sich loszureißen aus der Schlinge und nach Deutschland die Arme auszustrecken, dessen unabwendbare Pflicht es längst gewesen wäre, die Fesseln des geknechteten Brudervolkes zu lösen.

Im ersten Sturm der Volksereignisse des Jahres 1848 hatten nun allenthalben die Fürsten die berechtigten Verheißungen erteilt, die Forderungen der Völker zu erfüllen. Es ist ein beachtenswertes Merkmal jener Zeit, daß sich nirgends das Volk dem republikanischen Regierungssystem zuneigte, sondern einzig und allein ein demokratisches Staatswesen unter dem Regiment seiner bisherigen Herrscherhäuser forderte. Die Fürsten in ganz Europa waren anfangs auf diese Wünsche eingegangen und ernannten allenthalben konstitutionelle Minister, die den Staaten und den Völkern auf der breiten Basis der Volkstimmlichkeit und der Nationalität beruhende Verfassungen und Zustände in's Leben rufen sollten.

Aber bereits im Jahre 1848 machte dasselbe Frankreich, das den Impuls zur freiherrlichen Neugestaltung Europas gegeben hatte, durch den Versuch einer sozialistischen Straßen-Revolution eine weitgreifende reaktionäre Bewegung an. Der Zustand der Sozialisten in Paris im Juni 1848 war gegen die neuernberulene und in erster Tätigkeit begriffene französische Nationalversammlung gerichtet, welche den phantastischen Träumereien einer sozialdemokratischen Republik abhold war. Eine Straßenkämpfe machte auch in Paris dem Phantom einer Sozial-Revolution ein Ende. Die Fürsten Europas aber erlöschten in diesem Vorgang den Beweis, daß Frankreich selber in zu großem inneren Zwiespalt lebe, um nach außen hin den Volksbewegungen eine Unterstützung bieten zu können. Von diesem Moment ab datiert eine von Hof heimlich gepflegte Verbindung, um sich loszulösen von den Verheißungen, die man den Völkern zugesichert, und sich gegenseitig zu unterstützen, wenn der Moment gekommen sein werde, um Wort und Eid und Verfassung abzuleugnen und zu brechen.

Von dieser Zeit her datiert eine geheime Verschwörung, welche man vor den inzwischen allenthalben ernannten konstitutionellen Ministern und den bestehenden Volks- und Nationalvertretungen sorgsam verbarg. Die Reaktion feierte auch bald ihre Triumphe in Neapel, und infolge eines Krieges, den Oesterreich gegen Piemont siegreich führte, in ganz Italien. In Ungarn, das nicht von Oesterreich unterworfen werden konnte, führte Rußland das Rettungswort und lehrte es gebunden der Rache der österröichischen Camarilla aus. Nur in Deutschland ging der nationale und freiherrliche Zug des Volkes noch zu tief, um sofort die Reaktion offen zu verurteilen. Die Einheit Deutschlands war eine Forderung von so tief begründeter Berechtigung, daß man noch ein volles Jahr Wien schmeichelt, um sie zu erfüllen. Aber mit dem Ende des Jahres 1850 war der Zeitpunkt gekommen, wo es sich entscheiden mußte, ob Preußen wirklich gekommen sei, der bereits offenen reaktionären Politik mit dem Schwert in der Hand entgegenzutreten und mindestens die kümmerlichen Grundzüge einer freiherr-

lichen nationalen Wiedergeburt Deutschlands aufrecht zu halten, deren Durchföhrung man durch Verfassungen, Parliamentsakte, Proklamationen und Verheißungen feierlich gelobt hatte und zu deren Verwirklichung die preussische Volksvertretung bereits achtzehn Millionen bewilligt und mit Hoffnungen auf einen endlichen Sieg der Mobilmachung einer Armee von einer halben Million Soldaten freudig zugestimmt hatte.

Der Tag von Olmütz hat denn endlich auch diesen letzten Zug der nationalen Hoffnung vernichtet und in ganz Europa den Andruch einer vollen Reaktion zur Gewißheit erhoben.

Ein sehr zeitgemäßes Kapitel ist das, das von „dem unverhüllten kleinen Herrentum“ handelt. Es heißt da:

„Der den Wunsch hegt, sich die damaligen Ideale der Reaktion ganz zu vergegenwärtigen, den müssen wir auf das Studium der Kammerverhandlungen der Jahre 1855 und 1856 verweisen. Ernst Moritz Arndt sprach das richtige Urteil über diese Epoche in den Worten aus: „Die Reaktion ist zuchtlos geworden.“ Sie trat in der Tat so zuchtlos gegen jedes „Grundrecht“ der Verfassung auf, daß sogar die Minister Kaumer und Westphalen in einzelnen Fällen saßen, es sei nicht nötig, die Verfassungsmassnahmen zu streifen; die Verwaltung solle schon dafür, daß deren böse Folgerungen nicht ins Leben treten. In der Tat trat die Macht des Militär-Regiments des sogenannten „kleinen Herrentums“ mit so unverhülltem Antlitz auf, daß selbst der Erfinder dieser Gattung Patriotismus, der Rundschauber, Herr von Gerlach, sich erschrecken davon abwendete.“

Ein Beispiel hierfür ist so bezeichnend, daß wir es wörtlich in einer Kammer-Rede des Grafen Pfeil vom 15. Februar 1856 vorführen müssen. Wir glauben nicht, daß mit Ausnahme des großen Revolutions-Kongress in Paris — niemals in irgend einem Lande dergleichen Verhöhnungen von Recht und Gesetz im Kreise einer gesetzgebenden Kammer gehört worden sei.

Es handelte sich damals darum, an Stelle der freiherrlichen aber bereits beseitigten Gemeindeordnung aus dem Jahre 1850 ein Gesetz über die gutsherrliche Polizei einzuführen, welche verfassungsmäßig gar nicht mehr stattfinden sollte. In diesem Zweck war der betreffende Verfassungsmassnahmen, der die Aufhebung der gutsherrlichen Autorität bezweckt hatte, bereits gestrichen worden. In der neuen Gesetzesvorlage waren die Befugnisse der Rittergutsinhaber in Ausübung der Polizeibefugnisse sehr weit ausgedehnt und noch dadurch verstärkt worden, daß die kleinen Herren viel ungenierter regieren konnten als jemals ein polizeilicher Beamter. Während ein jeder Beamter, der seine Befugnisse überschreitet, doch jedenfalls durch ein Disziplinarverfahren zur Verantwortung gezogen werden konnte, ließ das neue Gesetz die Polizeibeamten gar nicht als Beamte gelten und machte sie von jeder Disziplinierung frei. Umso mehr aber war es unabwendbar, durch die Paragraphen 12—14 der neuen Vorlage festzustellen, daß die kleinen Herren bei Ueberschreitung ihrer Befugnisse durch Verbrechen und Vergehen jedenfalls dem Strafgesetz unterworfen sein sollen. Man müßte sonst gewärtig sein, daß ein gutsherrlicher Polizeibeamter nach Belieben schalten und walten und auch Unschuldige mit Geld- und Gefängnisstrafen heimsuchen oder gar durch Prügelstrafen züchtigen konnte.

Aber dem Herzen des kleinen Herrentums mißfiel solch eine Bestimmung gar sehr. Ein königlicher Beamter, der freilich nicht bestraft werden, wenn er seine Befugnisse überschreitet. Diesem gegenüber müsse man den Respekt vor dem Strafgesetzbuch aufrecht halten; aber ein ritterlicher Gutsbesitzer, der auf Grund seines persönlichen Vorrechtes und ohne Gehalt das Amt übernimmt, dem müsse man sein Amt auf Discretion verleihen. Seine diskretionäre Gewalt dürfe man doch nicht dem Urteil eines Richters unterwerfen, der ja nur ein Beamter ist! Für solch kleinen Herren existiere das Strafgesetzbuch nicht. Er wolle in seinem Kreise nach seinem Gewissen.

In diesem Sinne wurde denn auch bereits von Herrn Wagener der Antrag gestellt, den Artikel 4 der Verfassung, der da lautet: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, Standesvorrechte finden nicht statt“, abzuschaffen. Die Gleichheit, so bezugerte Herr Wagener, existiere ja doch nicht. Sie sei ja schon durch die Erziehung des Herrenhauses aufgehoben, durch das Dreiklassenwahlrecht durchlöcheret und mehr noch durch die Bestimmung beseitigt, wonach die unmittelbaren des ehemaligen deutschen Reiches nicht gleich Unterthanen dastehen. Mit diesem Angriff auf den Artikel 4 der Verfassung hatte es eigentlich seine Wichtigkeit. Die Verhandlung darüber fand erst am 5. März statt und bot höchst interessante Szenen. Art. 4 gehörte zu den Artikeln, deren Vorschläden man ruhig stehen ließ, dessen Sinn und Geist man jedoch nicht weiter respektierte.

Aber in voller Konsequenz des Sinnes und des Geistes der damaligen Reaktion stellte der Graf Pfeil den Antrag, die Paragraphen 12—14 der Vorlage über die Polizeigewalt der ritterlichen Gutsbesitzer zu streichen. In seiner Rede am 15. Februar 1856 beantragte er sich nicht bloß mit der Theorie von der dem kleinen Herrentum gebührenden diskretionären Gewalt, sondern stellte sich als praktischer Minister hin, wie er als Polizeibeamter schalte und walte, ohne sich um das Strafgesetzbuch zu kümmern. Seine unerhörte Rede lautete wie folgt:

Abgeordneter Graf von Pfeil: Meine Herren, ich werde Ihnen eine außerordentlich rechte Rede halten, indem ich Ihnen die Verwerfung der §§ 12, 13 und 14 empfehle.“

„Es scheint mir durchaus keine Veranlassung zu sein, die Rittergutsbesitzer der sechs östlichen Provinzen mit entehrenden Strafen zu bedrohen, falls sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.“

Es mag sein, daß diskretionäre Mängel in der Polizeiverwaltung da sind. Es kommt aber auch in Berlin vor, wo wir bekanntlich eine sehr gute Polizei

haben, daß Gegenstände gestohlen und Leute erschlagen werden. Dies kann also auch in Oberschlesien stattfinden und manches würde vermieden werden, wenn wir ein ausgebildeteres System der Vertretung der Polizeibrigaden hätten, welches uns fehlt."

Nun, meine Herren, um die Gefahr der § 12, 13 und 14 zu beseitigen, habe ich, wie ich glaube, ein praktisches Mittel angewendet. Ich habe nämlich diese Paragraphen an meine eigne Polizeiverwaltung gelegt, und da finde ich denn, meine Herren, daß ich vielfach dagegen verstoßen und daß ich mich den schwersten Strafen ausgesetzt haben würde. Ich habe mir aber einmal, um einen sehr gefährlichen Zustand zu überbrücken, einen Menschen, von dessen juridischer Ansicht ich überzeugt war, schleichen und 5 Tage einsperren lassen. (Heiterkeit auf der rechten und große Bewegung auf der linken Seite, mehrstimmiger Ruf: Hör! Hör!)

Ich muß bekennen, daß ich in einem anderen Falle, wo ich allein 10 000 Webern gegenüberstand und die in Weferwalden bedrohten Fabrikanten schützte, als ich bei dieser Gelegenheit von einem Einwohner meiner Gegend bedroht und öffentlich injuliert wurde, daß ich diesen Menschen des Nachts verhaften ließ und verurteilte — weil ich Richter in meiner eignen Sache war — zu acht Tagen Arrest. (Stimmen links: Hör! Hör!) Ich habe ferner im vergangenen Jahre erst das Verbrechen begangen, einen Menschen, der mir von einem toten Pferde (verzeihen Sie mir den jagdmännischen Ausdruck), das ich auf die Füße als Luder geschlagen hatte, Fleisch abzuschneiden und es zu verzehren — wir hatten eine große Hungersnot in der Gegend —

Meine Herren! Ich lese im ersten Absatz des Paragraph 12, daß mich dafür mehrjährige Zuchthausstrafe getroffen hätte. — (Stimmen links: Was ist denn nun dem geschehen?) Ich gehe noch weiter. Ich habe vor einer Reihe von Jahren einem jungen Burschen, der mehrere Einbrüche und Fälschungen bei mir selbst begangen hatte, 30 Hiebe aufzählen lassen. (Heiterkeit rechts, Bewegung links Stimmen: Hör! Hör!)

Meine Herren! Es würde mich Ihr Gesetz dafür ebenfalls mit Zuchthausstrafe belegt haben. (Ganz recht! Ganz recht! links.) Aber meine Herren, ein anderer Richter hat anders gerichtet: Der Junge ist ein guter Mann geworden, und ich zweifle nicht, daß er bei der Wahl für dies Haus mitgewirkt hat. Es war der einzige Sohn seines Vaters, das einzige Kind!

Ich glaube, meine Herren, es müßte dies die Tätigkeit der Polizeibrigaden wesentlich lähmen, denn wir sind nicht imstande, bei solchen Bedrohungen unsere Pflicht regelmäßig zu tun. (Abkl links.) Unsere Gewalt ist nicht an diese Gesetze geknüpft, die für Beamte gegeben sind; sie ist wesentlich diskretionär. Wir handeln nach unserer Pflicht, unserer Ehre und unserem Gewissen!

Diese offene Verhöhnung von Gesetz und Recht war der Kreuzzeitungspartei nicht sehr angenehm. Prinzipiell war ja das, was der Graf Pfeil forderte, ganz ihrem Sinn entsprechend. Hatten doch bereits im Jahre 1850 einzelne Standesherren sehr entschieden ausgesprochen, daß die Geschlechter des pommerischen Adels älter sind im Lande, als die Herrschaft der Hohenzollern! Es lag ja ganz in der Konsequenz der feudalen Reaktion, ein Herrenium zu bilden, das ihre historischen Rechte in ihrem Kreise wiederherstelle, wie es in den herrlichen Zeiten war, in welchem sie über Leib und Gut ihrer Untertanen schalten und walten konnte. Aber so offen und so gemüthlich es auszusprechen, das war ihr doch zu viel.

Auf die Fraktion der Konstitutionellen wirkte die Offenherzigkeit des kleinen Herrn ganz anders. Man war eigentlich stolz darüber, daß sich dieses Herrenium einmal ohne alle Hülle zeigte. Nur der Abgeordnete Wenzel konnte sich der Entrüstung nicht enthalten. Er war ein Jurist ersten Ranges. Er hatte bereits als Oberstaatsanwalt fungiert, wurde dann Direktor des Stadtgerichts in Berlin und war im Jahre 1856 Präsident des Appellationsgerichts in Rastatt. Sein Gewissen empörte sich gegen solche Verhöhnungen des Gesetzes und er gab demselben in einer Rede Ausdruck, deren Hauptinhalt wie folgt lautete:

Meine Herren, wenn Ihnen die Augen jetzt noch nicht aufgehen über das, was wir von den kleinen Herren, wie sie Herr von Gerlach nennt, zu erwarten haben, über die Gefinnung, die sie hegen, dann wollen Sie es nicht sehen, denn dann wollen Sie sich inreden lassen von Personen, die hier die öffentliche Redefreiheit dazu gebrauchen, daß sie sich eines Verbrechens rühmen, die die Dreistigkeit haben, hierher zu treten, indem sie wohl wissen, daß sie nicht verantwortlich gemacht werden können für das, was sie hier sprechen; daß die Dreistigkeit haben, hier Bestimmungen abzulegen, daß sie Handlungen begangen haben, auf die mit einem Recht Zuchthaus steht. (Unruhe.) Ich achte die Redefreiheit, ich erwarte aber, daß der Redner das, was er hier in diesem Hause gesagt hat, auch außerhalb des Hauses erklären wird, und ich hoffe dann, daß die Staatsanwaltschaft ihre Schuldigkeit tun wird. (Unruhe.) Wenn Sie, meine Herren, das wollen, so wollen Sie eine Klasse privilegiierter schaffen, die über dem Gesetz stehen, die da knechten können, wen sie knechten wollen. Dann nehmen Sie die Prügelstrafe, die Ihnen von anderer Seite angeboten ist, auch noch an, und Sie werden sehen, wohin das kommt. Wenn dann Zustände entstehen, in denen wir nicht mehr imstande sein werden, den Adel zu schützen, wie wir ihn im Jahre 1818 geschützt haben (Unruhe rechts, Bravo! links), dann legen Sie uns nicht die Schuld bei, das wird dann Ihr Werk sein und Sie werden den Fluch der Nachwelt auf sich ziehen."

Der Minister des Innern war ein wenig verdutzt. Er verteidigte die angegriffenen Paragraphen und äußerte sich ganz merkwürdig bescheiden dabei: "Ich muß die Ansicht des Grafen Pfeil reprobieren." Herr von Gerlach hielt hierauf eine sehr eigenartige Rede. Der Herr Graf Pfeil, meinte er, sei

von mißverstanden worden. Der Gedanke, daß den ritterlichen Polizeiherrn ein gewisser Spielraum der Discretion eingeräumt werden müsse, sei an sich ja ganz richtig. Der Graf Pfeil habe nur den Gedanken etwas weit getrieben. — Aber die Besorgnisse des Grafen Pfeil könnte er doch nicht teilen. Zwar habe der Graf Pfeil einen juridisch unschuldigen Menschen schleichen und fünf Tage lang einsperren lassen. Das gehe allerdings sehr weit. Da könnte am Ende doch ein Staatsanwalt und ein Gericht den Grafen dafür so behandeln, wie es das Strafgesetzbuch über Beamte vorschreibt. Aber gar schlimm würde es dabei doch dem Grafen Pfeil nicht ergehen. Ich kann mir's sehr wohl denken, daß die Handlung des Grafen Pfeil eine „eble patriotische" gewesen ist und in solchem Falle würde ihm doch wohl im Wege der königlichen Gnade geholfen werden können."

In Berlin machte man sich nicht wenig lustig über das kleine Herrenium, das sich leinwegs so wie ein Beamter um das Strafgesetzbuch zu kümmern braucht. Der „Kladderadatsch" verherrlichte den Grafen in sehr zutreffenden Bildern. Nationalzeitung und Volkszeitung stellten erste Betrachtungen über diesen Zustand an. Die Postliche Zeitung, die dazumal sehr vorsichtig war, äußerte Bedenken und selbst die Spenerische machte darob eine einigermaßen krause Satire. Aber sie alle ahnten nicht, daß wenige Wochen darauf eine sehr aufregende blutige Szene mitten in Berlin spielen würde, die den Unterschied zwischen Herrenium und Beamtentum stark veranschaulichte."

Gerade diese Ausführungen beweisen, wie notwendig es ist, die Polizeigewalt nicht in den Händen derjenigen zu lassen, die sie bisher ausgeübt haben. Gerade auf dem Gebiete der Verwaltung kann alles illusorisch gemacht werden, was sonst noch so schön gedacht und beschlossen worden ist.

Seid auf der Hut! Seid wachsam! Die schwerste Zeit sieht uns noch bevor, das muß die Lehre aus den vorliegenden Abhandlungen sein.

Genossen in Groß-Berlin!

Nach vieler Mühe ist es endlich gelungen, ein täglich erscheinendes Blatt der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Groß-Berlin herauszugeben. Damit wird ein langgehegter Wunsch unserer Genossen und der Berliner Arbeiterschaft erfüllt. Um die Revolution zu festigen, sie vor falschen Bahnen zu bewahren, ist es unumgänglich nötig, einen Wegweiser in dieser Zeit zu haben.

Damit erwächst aber unseren Genossen neue Arbeit, neue Pflicht. Zunächst müssen sie für Gewinnung von Abonnenten werben. Wir hoffen, daß alle Leser des Mitteilungsblattes ohne weiteres Abonnenten werden. Dann aber muß die Werbearbeit darüber hinausgreifen.

Das Blatt wird zunächst im Straßenhandel erhältlich sein, bis die Zustellung ins Haus geordnet ist. Unser Blatt führt den Titel

„Freiheit“

Organ der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins.

Es erscheint

zweimal täglich,

morgens und abends und kostet monatlich 2 Mark

frei ins Haus. Nach auswärtig per Kreuzband

4 Mark. Bestellungen sind zu richten an den

Verlag der „Freiheit“,

Berlin NW. 16, Schiffbauerdamm 19.

Genossen! Werbt für die

„Freiheit“.

An die Bezieger des Mitteilungsblattes!

An die Bezieger des Mitteilungsblattes richten wir hiermit das Ersuchen, uns umgehend mitteilen zu wollen, in welcher Zahl sie ferner unser Blatt zu beziehen wünschen. Wir werden unser Blatt vorläufig weiter erscheinen lassen, bis die Preisverhältnisse für unsere Partei sich so gebessert haben, daß unser für die Bewegung so notwendig gewesenes Kampforgan nicht mehr nötig sein wird.

Mit Parteigrüß

Redaktion und Verlag des Mitteilungsblattes.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireisende Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 17. Noobr., vorm. 9 Uhr, Vappel-Allee 15/17; Reutbahn, „Idealcasino“, Reichsstr. 8; Oberhöndeweide, Wilhelminenhofstr. 43 bei O. Baum; Freireisende Vorlesung. — Totm. 10½ Uhr, Al. Frankfurterstr. 6; Vortrag von Herrn Dr. Paul Arische: „Biologisches zur Frauenfrage.“ — Gäste willkommen.

Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.

Montag, den 18. November 1918, abends punkt 8½ Uhr, in Schulze's Festsälen, Am Königsgraben Nr. 2, am Alexanderplatz; Vortrag. Nach dem Vortrage praktische Verbandsübungen. — Gäste haben einmaltigen freien Zutritt.

Ausgabe von Taschen und Armbinden zum Totenfest, Gustav Dietrich, Vorsitzender, Berlin NW. 28, Klopstockstr. 26.

Berliner Sängerkhor
(Mitgl. d. D. M. S. V.) — Chormeister: Franz Bothe.
Sonntag, den 17. November 1918:

Konzert
in der Festhalle des „Berliner Stadthauses“
(Eingang Klosterstr. 47).

Mitwirkende: Frä. Martha Stapelfeldt (Alt), Herr Julius Thornberg (Violine), Frä. Erna Klein (Klavier).

Saallohnung 5½ Uhr. Anfang 6½ Uhr.

Eintritt 1,50 Mk., für Kinder 50 Pf.
inkl. Garderobe und Liederteile.

Zur Beachtung!

In Anbetracht der jetzigen Lage kann das Konzert der Kinderschuhkommission am 16. November nicht stattfinden. Sobald sich die Verhältnisse geregelt haben und eine Veranstaltung möglich erscheint, wird Weiteres bekanntgegeben werden.

Dem Genossen Kunkel nebst Gattin senden nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.
Die Genossen der 33. Abteilung.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser Sohn und Bruder, der Dreher

Fritz Wieselohki

seinem am 16. 4. 17. gefallenem Bruder Karl nach schwerer Krankheit in den Tod gefolgt ist.

In tiefem Schmerz

Familie Wieselohki, Ramlerstr. 35.

Dem Andenken unserer an dem Kriegsjahranplatz gefallenen Genossen!

5. Wahlkreis.

Im Westen fiel unser Mitglied, der Genosse

Wache

Christburgerstraße 20, Abteilung Ia.

Wir verlieren in dem uns so jäh Entziffenen einen braven, sehr tätigen Parteigenossen, der bei jeder Arbeit am Plage war.

6. Wahlkreis.

Am 9. Oktober verstarb an den Folgen seiner erhaltenen schweren Verwundung an Kopf und Unterschenkel unser Genosse, der 42-jährige Steindruckere

Max Thäter

Gaudystr. 4, 7. Abt., Bez. 650.

Am 30. Oktober verstarb im Kriegslazarett zu Pleidringen unser Genosse, der 38-jährige Packer

Emil Schröter

Luriner Straße 4, 21. Abt., Bez. 768.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 8. November verstarb unser Genosse, der Tischler

Hermann Nadolny

Löwestr. 28, Bezirk 840.

6. Wahlkreis.

Am Montag, den 21. Oktober, verstarb unser Genosse und langjähriges Mitglied, der Portefeullier

Gustav Jäger

Landstr. 20, 12. Abt., Bez. 729.

Am Mittwoch, den 23. Oktober, verstarb unser Genosse, der Bäcker

Louis Schilling

Meier Straße 31, 3. Abt., Bez. 479.

Am Sonntag, den 27. Oktober, verstarb unser Genosse, der Metallarbeiter

Emil Wollschläger

Brunnenstr. 97, 10. Abt., Bez. 620.

Im Kampfe um die Freiheit fiel am 9. November, dem Tage der Revolution, bei der Beschießung der Matkafabrik, unser Genosse, Vorstandsmittglied und Leiter der Jugendsektion, der Werkzeugmacher

Erich Habersath

Graunstr. 40, 8. Abt., Bez. 600.

Am 11. November verstarb in Frankfurt a. O. unser Genosse, der Fräser

Georg Langner

Schulstr. 48, 19. Abt., Bez. 781.

Ehre ihrem Andenken!

Verantw. Redakteur: C. Reid; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.
Drud: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 38-39.